

Eingang Büro Oberbürgermeister		
12 April 2018		
Geschäfts gang	Antwort- entwurf	Petition

MOSEL
WINNINGEN
GEMEINDE

Herrn Oberbürgermeister
Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig
Rathaus
Willi-Hörter-Platz 1
56068 Koblenz

h
12/14

Winningen, 11.04.2018

Sehr geehrter Herr Professor Dr. Hofmann-Göttig,

anbei das an Ortsvorsteher Schmidt gerichtete Schreiben zur Bahnlärm-Resolution der Moselgemeinden.

Da Herr Schmidt in dieser Sache nicht tätig werden kann, leite ich es zuständigkeitshalber direkt an Sie weiter und würde mich über Ihre Unterstützung freuen.

Mit freundlichen Grüßen
i.A.

Beate Zimmermann

Herrn Ortsvorsteher
Hermann-Josef Schmidt
Gulisastr. 4
56072 Koblenz-Güls

Winningen, 27.03.2018

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

ich melde mich noch einmal in der Sache „Bahnlärm-Resolution der Moselgemeinden“ bei Ihnen.

Mittlerweile haben sich 11 Kommunen dem Resolutionstext angeschlossen. Da die Übergabe an unsere Landesregierung – die in Sachen Bahnlärmbekämpfung grundsätzlich an unserer Seite steht – für Mai 2018 geplant ist, bitte ich die Kommunen, die sich unserer gemeinsamen Initiative bisher noch nicht angeschlossen haben, noch einmal zu prüfen, ob sie nicht doch unsere Bahnlärmresolution unterstützen wollen.

Noch einmal einige Hintergrundinformationen für Ihre Meinungsbildung:

- Die Moselstrecke ist als Haupteisenbahnstrecke des Bundes klassifiziert.
- Die DB Netz AG plant nach Ende der derzeit laufenden Ausbauarbeiten (Tunnel Petersberg, des Weiteren auf der ganzen Strecke Austausch/Ertüchtigung von Viadukten, Oberleitungen, Schienen und Weichen) eine Zugbelastung von zunächst 180 Zügen/Tag, bis 2025 240 Züge /Tag. Das bedeutet, dass alle 6-8 Minuten ein Güterzug durch das Tal fahren wird.
- Im Mittelrheintal haben die Kommunen ein Lärmschutzpaket von ca. 80 Mio. EUR erstreiten können. Mit diesen Mitteln werden bis 2020 zahlreiche Lärmschutzmaßnahmen vor Ort durchgeführt: Schienenstegdämpfer, Gleisschmieranlagen in Kurven, niedrige und hohe Schallschutzwände etc.
- Das Moseltal wird in Kürze eine ähnliche Lärm- und Erschütterungsbelastung haben wie das Rheintal. Es ist daher notwendig, dass auch bei uns Maßnahmen zum Schutz von Bevölkerung und Tourismuswirtschaft getroffen werden. Dies fordern wir gemeinsam im Resolutionstext.

Bitte schließen Sie sich im Namen Ihrer Gemeinde baldmöglichst unserer Resolution an! Sie soll am 13. Mai 2018 an Frau Ministerpräsidentin Malu Dreyer übergeben werden.

Mit freundlichen Grüßen



Eric Peiter
Ortsbürgermeister

„Mosel-Bürgermeister fordern Lärmschutz

Wir, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der an der Bahnstrecke liegenden Kommunen im Moseltal fürchten um die wirtschaftliche und demographische Entwicklung unseres Lebensraumes, wenn der zunehmende Güterzugverkehr nicht durch flankierende Maßnahmen begleitet wird. Daher fordern wir die Verantwortlichen in Bund und Ländern auf, unverzüglich und flächendeckend Lärm- und Erschütterungsschutzmaßnahmen an der Bahnstrecke zu veranlassen.

Die Menschen im Moseltal sind seit Jahrzehnten unzumutbar hohen Belastungen durch technisch veraltete Güterzüge ausgesetzt. Durch die steigende Zugfrequenz und das höhere Durchfahrtempo steigt diese Belastung immer weiter. Bereits jetzt sind negative Auswirkungen des Schienengüterverkehrs auf Lebensqualität, Anwohnergesundheit, Immobilienwerte und touristische Entwicklung an vielen Orten spürbar. In an der Strecke liegenden Häusern werden Belastungen bis zu 100 Dezibel bei Güterzugdurchfahrten gemessen. Wenn die Lärmbelastung in unserem Tal noch weiter ansteigt, wird eine negative Entwicklung in großem Umfang unvermeidlich werden.

Die Moselstrecke wurde in den 1870er Jahren errichtet und führt mitten durch Städte und Dörfer. Sie ist durch Streckenführung und Alter für hochfrequenten internationalen Güterverkehr nicht geeignet. Aktuell wird die Bahnstrecke an der Mosel mit hohem Aufwand saniert und modernisiert. Die Tunnelbauwerke werden erneuert und ertüchtigt, Oberleitungen und Schienen werden erneuert, Brückenbauwerke instandgesetzt. Hintergrund sind die Planungen der Bahnunternehmen, in Zukunft zwischen 180 und 240 Zügen pro Tag im 24 Stunden-Betrieb durch das Tal zu senden. Dabei wird es sich in erster Linie nicht um Personenverkehr handeln, sondern um internationalen Güterzugtransit im europäischen Rahmen.

Wir kritisieren auf das Schärfste, dass im Rahmen des Streckenausbaus keine Investitionen in Lärmschutzmaßnahmen geplant sind. Diese sind unbedingt nötig, um bei einem weiteren Anwachsen des Güterverkehrs den Schutz der Anwohner und Tourismuswirtschaft zu gewährleisten.

Wir kritisieren, dass die gesetzlichen Regelungen zum Schutz der Anwohner an Schienenstrecken nicht ausreichen. Die Belastung der Anwohner an den Bahnstrecken könnte durch ordnungsrechtliche Maßnahmen wie Tempolimits oder Nachtfahrverbote für besonders laute Züge sofort spürbar reduziert werden.

Jedoch gibt es im Gegensatz zum Straßenverkehr bis heute keine zeitgemäßen Emissionsgrenzen für Schienenfahrzeuge. Es gibt keine Tempolimits bei Ortsdurchfahrten oder zum nächtlichen Lärmschutz. Das vom Bundestag im Frühjahr 2017 verabschiedete Schienenlärmschutzgesetz ist ein erster Schritt, reicht jedoch bei Weitem nicht aus, um die Steigerung der Lärmbelastung der letzten Jahre auszugleichen.

Das Moseltal ist eines der bekanntesten touristischen Ziele in Deutschland und wird in nationalen und internationalen Publikationen regelmäßig zu den bedeutsamsten Reisezielen in Europa gezählt. Es ist unsere Verantwortung, seine Schönheit, seinen kulturellen und touristischen Reichtum und seine Qualität als menschlichen Siedlungsraum zu erhalten.

Daher fordern wir Bund und Land auf, im Moseltal ein flächendeckendes Programm zur Lärmsanierung und Lärmvorsorge aufzulegen und dafür ebenso wie am Mittelrhein in einer gemeinsamen Anstrengung Gelder aus Bundes-, Landes- und Bahnmitteln freizumachen.“